

II-11845 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5797 13

1933 -12- 15

**ANFRAGE**

des Abgeordneten Haigermoser , Rosenstingl

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend den parteipolitischen Mißbrauch des Referates "Frau in der Wirtschaft" im Rahmen der Bundeswirtschaftskammer.

Nach Eigendefinition hat sich das in allen Länderkammern und der Bundeswirtschaftskammer eingerichtete Referat "Frau in der Wirtschaft" die Zusammenarbeit von Unternehmern und Unternehmerinnen zum Wohle aller sowie eine verstärkte Mitarbeit in den Innungen, Gremial- und Fachgruppen zum Ziel gesetzt

Dieses bei der Wirtschaftskammer eingerichtete Referat wird durch Zwangsmitgliedsbeiträge finanziert und wäre, ebenso wie diese selbst verpflichtet, die österreichischen Wirtschaftstreibenden – in diesem Fall hauptsächlich die weiblichen unter ihnen – unabhängig von parteipolitischen Aspekten zu fördern und ihre Interessen nach außen zu vertreten.

Diesen Anforderungen wird das gesamte Referat aber nicht gerecht, es agiert weder zum Wohle aller, noch überparteilich !

Vielmehr werden hier, so z.B. bei der Amtsübergabe der Vorsitzenden des Referates, die Embleme von "Frau in der Wirtschaft" und der wahlwerbenden Gruppe "Österreichischer Wirtschaftsbund" werbewirksam gemeinsam präsentiert.

Auf diese Weise werden die Grenzen zwischen der unabhängigen Kammerorganisation und der ÖVP-Teilorganisation verwischt und der arglose Betrachter gewinnt den Eindruck, daß es sich bei Veranstaltungen wie der oben genannten um Wirtschaftsbundaktivitäten handelt. Darüberhinaus wird in diesem Fall Parteiwerbung mit Zwangsmitgliedsbeiträgen betrieben und das Kammerreferat "Frau in der Wirtschaft" parteipolitisch mißbraucht.

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, welchen die Aufsichtspflicht über die Bundeswirtschaftskammer trifft, folgende

**ANFRAGE:**

- 1.) Ist es Ihrer Auffassung nach korrekt, daß bei einer Veranstaltung des überparteilich bei den Kammern organisierten Referates "Frau in der Wirtschaft" auch gleichzeitig für eine wahlwerbende Gruppe, nämlich die ÖVP-Teilorganisation "Österreichischer Wirtschaftsbund", auf Kammerkosten Werbung betrieben wird und wenn ja, wie begründen Sie dies ?
- 2.) Wenn nein, welche Schritte werden Sie unternehmen, um diesen parteipolitischen Mißbrauch von Zwangsmitgliedsbeiträgen in Zukunft zu unterbinden ?
- 3.) Warum sind Sie dagegen nicht selbständig vorgegangen ?